

**Katharina Jacobi**  
Büroleiterin

Antrag  
für den  
Rat  
am 17. Juni 2016

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus  
Hiroshimaplatz 1-4  
Tel.: +49 (551) 400 2785  
Grueneratsfraktion@goettingen.de  
www.gruene-goettingen.de/im-stadtrat

Göttingen, 2. Juni 2016

## **Keine Hartz IV-Kürzungen für Alleinerziehende!**

Der Rat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich gegen die anstehenden Kürzungen für Ein-Eltern-Familien im Hartz IV-Bezug einzusetzen.

Hierzu soll der Oberbürgermeister das Thema der sog. „Rechtsvereinfachung“ im Bereich der (temporären) Bedarfsgemeinschaften im Niedersächsischen Städtetag auf die Tagesordnung setzen und eine Eingabe an die Bundesregierung machen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat eine Gesetzesänderung in den Bundestag eingebracht, die viele Alleinerziehende auch in Göttingen in existenzielle Nöte bringen würde. Im Rahmen einer sogenannten „Rechtsvereinfachung“ soll allein erziehenden Eltern für jeden Tag, den das Kind/die Kinder beim anderen Elternteil verbringen, Geld abgezogen werden, und zwar unabhängig davon, ob der andere Elternteil Hilfeempfänger ist und seinen Betrag entsprechend aufstocken kann.

Jeder Besuchstag beim anderen Elternteil würde somit ein Loch in die Kasse der Alleinerziehenden reißen, da die meisten Kosten fortlaufende Kosten sind (Versicherung, Kleidung etc.). Somit werden sich alleinerziehende Hartz IV-Empfänger\*innen vermehrt gegen einen Umgang des Kindes/der Kinder mit dem getrennt lebenden Elternteil entscheiden müssen – aus rein finanzieller Not. Das ist dem Kindeswohl abträglich und wird weder von den Kindern noch vom getrennt lebenden Elternteil, geschweige denn von Familiengerichten nachvollziehbar sein. Es gibt eine Petition gegen diese Ungerechtigkeit: <https://weact.campact.de/petitions/keine-hartziv-kurzungen-fur-alleinerziehende>

Auch wir als Kommune haben ein Interesse, dieses als „Rechtsvereinfachung“ verkaufte bürokratische Monster zu verhindern. Denn wenn das Sozialamt jeden Monat die Sätze für die betroffenen Familien neu berechnen muss, werden zusätzliche Stellen im Sozialbereich nötig werden, sich Verfahren in die Länge ziehen und das Arbeitspensum für jeden Mitarbeiter immens steigern.

Wir sind uns sicher: Kosten und Nutzen stehen in keiner Relation zueinander. Die geringe Kostenersparnis trifft Alleinerziehende hart, wird für die Kommune aber nicht einmal den zusätzlichen Aufwand abfedern.

